



LAURENZ MEYER:

Rot-Grüne Rentenpolitik endgültig **gescheitert**

Der Bericht der Rürup-Kommission ist ein Dokument des Scheiterns rot-grüner Rentenpolitik.

Die als Jahrhundertreform gepriesene Riesterische Rentenreform ist kaum zwei Jahre nach ihrem Start schon

wieder Makulatur. Schröder hat stabile Beitragssätze versprochen – in Wahrheit sind diese stetig angestiegen. Die CDU akzeptiert die Annahmen zur demographischen Entwicklung im Rürup-Bericht. *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

REFORMDEBATTE:
Zustimmung zum
Gesundheitskompromiss
SEITE 3-4

DUKUMENTATION:
Zusammenfassung der
gesetzlichen Regelung
zur Umsetzung der
Gesundheitsreform
INNENTEIL

■ Maria Böhmer: Bundesregierung muss bei Rürup-Ergebnissen nachbessern (Seite 5) ■ Roland Koch: Hessen sichert Jugendlichen Zukunftschancen (Seite 6) ■ Saarland: Miteinander braucht Regeln (Seite 7) ■ Schleswig-Holstein: Zeitplan für Wahlen aufgestellt (Seite 8) ■ Hamburg: Deutlicher Stimmenzuwachs nach Schill-Entlassung (Seite 8) ■ Katherina Reiche: Keine Aufbruchstimmung für Wissenschaft und Forschung (Seite 9) ■ Dirk-Fischer, Georg Brunnhuber: Mauteinführung in Deutschland läuft unprofessionell (Seite 9–10) ■ Hans Raidel: Ungeschönten Bericht vorlegen (Seite 10–11) ■ Ursula Heinen: Lebensmittelkontrolle fördern (Seite 11) ■ Maria Eichhorn: Erziehungszeiten berücksichtigen (Seite 12) ■ Jürgen Scharf: Plädoyer gegen die Ethnisierung der Politik (Seite 13)

Fortsetzung von Seite 1
 Sie sind ein Beitrag zu mehr Ehrlichkeit in der Diskussion über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Umso bedauerlicher ist es, wenn sich die Bundesregierung schon vor Erscheinen des Berichts von diesem distanziert. Dies zeigt einmal mehr, dass Bundeskanzler Schröder der Bevölkerung immer noch nicht die Wahrheit sagen will!

Positiv ist, dass der 1998 abgeschaffte und als „unantastbar“ verteilte demographische Faktor – unter neuem Namen – wieder eingeführt werden soll. Dieser wichtige Faktor wurde den Rentnern und dem Rentensystem vor fünf Jahren von Rot-Grün geklaut. Es ist richtig, ihn wieder einzuführen!

Rentensystem neu fassen

Dagegen lenkt die Diskussion um die Rente mit 67 von den jetzt dringlichen Notwendigkeiten ab: Wir brauchen frühere Bildungs-

abschlüsse und müssen endlich ernst machen mit der Verkürzung der Schul- und Studienabschlüsse. Zudem müssen die Anreize zur Frühverrentung umgehend beseitigt werden.

Einer Neufassung des Rentensystems ohne eine deutliche zusätzliche Berücksichtigung von Erziehungszeiten wird die CDU niemals zustimmen! Es muss endlich Schluss sein mit der Benachteiligung von Frauen, die in ihrer Biografie Kinder und Beruf unter einen Hut bringen!

Wenn wir die private Vorsorge stärken wollen, müssen wir auch mit der Riester-Bürokratie aufräumen. Die mittlerweile zurückgehenden Zahlen der Riester-Abschlüsse sprechen eine deutliche Sprache! Die Vorschläge der Rürup-Kommission sind noch kein Ersatz für Regierungshandeln. Die Bundesregierung muss jetzt erklären, welche Vorschläge sie tatsächlich umsetzen will. Es kann nicht sein, dass die Rentner und Beitragszahler in Deutschland weiter im Ungewissen gelassen werden.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Zustimmung zum Gesundheitskompromiss

Die von der Union und der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform hat eine weitere Hürde genommen.

Nach ausführlichen Beratungen haben die Spitzenverbände der CDU Deutschlands den mit der rot-grünen Bundesregierung ausgehandelten Gesundheitskompromiss gebilligt.

Das Verhandlungsergebnis der Konsensrunde mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sei auf „einmütige Zustimmung“ von Präsidium und Vorstand gestoßen, berichtete Angela Merkel nach den Sitzungen beider Gremien in Berlin.

Schlimmstes verhindert

Mit dem erzielten Kompromiss sei es der Union gelungen, „Schlimmstes an Staatsmedizin und Zentralismus“ zu verhindern, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Vorstellung des von Unionsverhandlungsführer Horst Seehofer und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ausgehan-



delten Gesundheitskompromisses. Auch wenn es nicht gelungen sei, alles durchzusetzen, was aus Sicht der CDU wünschenswert gewesen wäre, trage der Gesundheitskompromiss in weiten Teilen die Handschrift der Union. So seien unter anderem die Voraussetzungen geschaffen worden, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert oder teilweise sogar gesenkt werden können. Angela Merkel verwies aber darauf, dass die angestrebten Beitragssenkungen nicht allein durch die Reform kommen würden. Sie hingen auch von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und

vom Wirtschaftswachstum ab. Für beides trage in erster Linie die Bundesregierung die Verantwortung. „Wir wissen, dass wir den Menschen in diesem Lande mit diesem Kompromiss etwas zumuten“, sagte die Parteichefin. Dies sei jedoch gerechtfertigt, wenn damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden können, was zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen werde, betonte die Vorsitzende.

Regierung muss handeln

In Präsidium und Vorstand herrsche Einigkeit über

den Kurs, den die Spitzen von CDU und CSU auf einem Strategietreffen am vorangegangenen Mittwoch beschlossenen hätte, führte Angela Merkel aus. Dieser Kurs betone die eindeutige Aufgabenteilung zwischen Regierung und Opposition. Weiteren außerparlamentarischen Kompromissrunden wie bei der Gesundheitsreform und auch einem „Reformgipfel“ mit dem Kanzler erteilten die Spitzengremien eine Absage. Die rot-grüne Bundesregierung müsse endlich begreifen, dass es Aufgabe der Regierung sei, akzeptable Reformpläne auf den Tisch zu legen, sagte Angela Merkel. Die vorliegenden Pläne der Bundesregierung zum Vorziehen der Steuerreform von 2005 auf 2004, die hauptsächlich eine Neuverschuldung und die Streichung von Steuervorteilen vorsehen, seien „unseriös“ und unausgegoren. Hier müsse die Bundesregierung nacharbeiten. In den Spitzen-

gremien seien alle der Meinung gewesen, dass es die Aufgabe der Regierung sei, ein Konzept zur Steuerreform vorzulegen. „Davon rücke ich und davon rückt die CDU nicht ab“, betonte Angela Merkel. „Der Ball liegt weiterhin im Spielfeld der Bundesregierung.“ Die Einladung, sich an den außerparlamentarischen Konsensgesprächen zur Gesundheitsreform zu beteiligen, habe die Union nur deshalb angenommen, weil Gesundheitsministerin Schmidt das Gesetz sonst aufgesplittet hätte in einen zustimmungsfreien und einen zustimmungspflichtigen Teil. Dann hätte die Union nicht über den zustimmungsfreien Teil mitbestimmen können, in dem sämtliche Pläne von Rot-Grün für eine bürokratische Staatsmedizin in Deutschland enthalten gewesen wären.

Es herrsche auch Einigkeit darüber, dass bei den anstehenden Reformen des Arbeitsmarkts, der Gemeinde-

finanzen und der Rente der Verhandlungsweg zwischen Opposition und Regierung über Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuss „am schnellsten zum Ziel führen“ werde.

Zustimmung in der Bundestagsfraktion

Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fand das Kompromisspapier Zustimmung. Auf einer Fraktionssitzung im Anschluss an die Treffen von Präsidium und Bundesvorstand wurde der Gesundheitskompromiss ohne Gegenstimme angenommen.

Auf den Gesundheitskonsens hatten sich die Verhandlungsführer von rot-grüner Bundesregierung und Union, Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Horst Seehofer, am Freitag zuvor verständigt. Der Entwurf für ein Gesetz sieht mehr Eigenverantwortung der Versicherten vor, z. B. durch eine Ausgliederung des Zahnersatzes aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung von 2005 an. Ziel ist die Senkung der Beiträge auf unter 13 Prozent.

HINTERGRUNDINFORMATION

Zum besseren Verständnis der Materie und um sich einen umfassenden Überblick zu verschaffen, haben die Verhandlungsteilnehmer der Union, Horst Seehofer, Andreas Storm und

Annette Widmann-Mauz, eine Synopse zum Gesundheitskonsens erarbeitet. Diese finden Sie im Innenteil des UiD als Dokumentation oder online auf www.cdunet.de.

MARIA BÖHMER:

Bundesregierung muss bei Rürup-Ergebnissen **nachbessern**

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, wirft der Rürup-Kommission vor, bei ihren Überlegungen zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung die Besonderheiten der Erwerbsbiografien von Frauen völlig vernachlässigt zu haben.



„Die Bundesregierung muss nachbessern! Ansonsten wird die schwierige finanzielle Situation von zahlreichen Familien mit Kindern und von allein Erziehenden künftig in einer neuen Altersarmut der Mütter münden. Dabei sind es Eltern und vor allem Mütter, die durch ihre Erziehungsleistung ein umlagefinanziertes Rentensystem überhaupt erst möglich machen,“ sagte Maria Böhmer

Das Normalarbeitsverhältnis, an dem sich die Rente bislang ausrichtete, verliere an Bedeutung, so Maria Böhmer. Der so genannte Eckrentner mit Durchschnittsverdienst und 45 Beitragsjahren entspreche nicht mehr den Realitäten. Die politische Diskussion drohe an den Realitäten in Deutsch-

land vorbeizugehen. Denn Frauen in den alten Bundesländern haben im Schnitt lediglich 26 rentenrechtlich relevante Jahre einzubringen und ihre Arbeitsentgelte sind nur rund drei Viertel so hoch wie diejenigen von Männern. In den neuen Ländern haben Frauen derzeit rund 36 Jahre rentenrechtlich relevante Jahre. Während im Westen davon auszugehen sei, dass jüngere Frauen längere Versicherungszeiten erarbeiten werden, sei es im Osten umgekehrt. Vor der Wiedervereinigung waren Frauen dort durchgängig erwerbstätig. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und von Kindererziehungszeiten, werden die Versicherungszeiten von Frauen dort zukünftig eher kürzer sein.

Die Absenkung des Bruttorentenniveaus von 48 Pro-

zent auf 40 Prozent treffe Frauen daher viel stärker als Männer. Die Vorschläge der Rürup-Kommission zielten auf eine Gewichtsverschiebung weg von der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung hin zur kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Die entstehende Lücke in der gesetzlichen Rentenversicherung könne aber nur derjenige wirklich füllen, der erwerbstätig sei und über ein ausreichendes Einkommen verfüge. Mütter, die ihre Kinder versorgen oder eine Teilzeittätigkeit ausüben, hätten kaum eine Chance, eine Rente aufzubauen, die über die Grundsicherung hinausgehe. Außerdem ergebe sich aus der Senkung des Rentenniveaus auch eine geringere Bewertung der derzeitigen Kindererziehungszeiten in der Rente.

„Ein Skandal – Frauenschicksale kommen bei Rürup nicht vor“, so Böhmer; „dabei stellen Frauen mit 11,4 Millionen Rentnerinnen die deutliche Mehrheit unter den Rentenbeziehern.“

UD

Hessen sichert Jugendlichen Zukunftschancen

Deutschland steht in wirtschaftlicher Hinsicht vor dem schwärzesten Halbjahr der Nachkriegsgeschichte.

Die substanzlose Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat zu einer tiefen Verunsicherung bei den Unternehmen in der einstigen Vorzeige-Wirtschaftsnation geführt. Eine der fatalen Konsequenzen dieser gescheiterten rot-grünen Wirtschaftspolitik ist die aktuelle Krise auf dem Ausbildungsmarkt. Vor diesem Hintergrund hat sich die von mir geführte Landesregierung dazu entschlossen, neue, innovative Wege zu gehen: So haben wir mit der „Startgarantie Hessen“ ein Maßnahmenpaket für Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz vorgelegt, das bundesweit einmalig ist und folgende Bausteine enthält:

■ **1.** Bereitstellung von 1000 Plätzen für „Hessenpraktikanten“: Hier wird Jugendlichen die Chance gegeben, einen Einblick in die unterschiedlichsten beruflichen Sparten in der Landesverwaltung und den Landesbetrieben zu erhalten. Ein Zertifikat über diese berufliche Weiterbildung, die den



Besuch des Berufsschulunterrichts beinhaltet, soll ihnen später bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz helfen.

■ **2.** Aufstockung der Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung nach dem Berufsbildungsgesetz um mehr als 10 Prozent (von 712 auf 800). Zusätzlich werden unter Federführung des Sozialministeriums 100 Ausbildungsplätze für Altenpfleger geschaffen. Dafür haben wir das Budget zur Ausbildungsförderung noch einmal um 1 Mio. Euro angehoben.

■ **3.** Auflage eines gemeinsamen Sonderprogramms mit der Landesarbeitsverwaltung: Um Jugendlichen den Start in das Berufsleben zu erleichtern und die von der Wirtschaftskrise betroffenen klein- und mittelständischen Betriebe zu unterstützen, werden die Kosten des 1. Ausbildungsjahres von der

Landesarbeitsverwaltung komplett übernommen und die Unternehmen im 2. und 3. Ausbildungsjahr finanziell unterstützt.

■ **4.** Gründung der Modellfirma „Unternehmen Hessen“: In Zusammenarbeit mit Firmen sollen hier Jugendliche über 18 Jahre ohne Ausbildungsplatz ein Trainee-Programm durchlaufen, um sie fit für die Anforderungen des Berufslebens zu machen.

Dieses Maßnahmenpaket der „Startgarantie Hessen“ zeigt: Wir sind uns unserer Verantwortung für unsere Kinder und der Wahrung ihrer Zukunftschancen bewusst!“

Doch klar ist auch: Diese hessische Initiative hat nur eine Überbrückungsfunktion, denn ohne durchgreifende Reformen in der Steuer- und Finanzpolitik und den sozialen Sicherungssystemen wird es nicht gehen. Die Bundesregierung ist am Zug, endlich echte Konzepte für mehr Wachstum und Beschäftigung vorzulegen, denn was wir brauchen sind keine PR-Maßnahmen à la Rot-Grün, sondern Lösungen, um Deutschland aus der Krise zu führen.

Miteinander braucht Regeln

Im Saarland kommen Anstand und Benehmen demnächst auf den Stundenplan. Zukünftig werden Grundschüler und die Schüler der beiden ersten Klassen an den weiterführenden Schulen „gutes Benehmen lernen“ und im Unterricht sich damit auseinander setzen, warum Anstand, gegenseitige Rücksichtnahme und die Achtung des Anderen wichtig für das Zusammenleben sind.

„Aller Anstand ist schwer“ – mit diesem Appell will Bildungsminister Jürgen Schreier die Erziehung als gemeinsamen Auftrag von Elternhaus und Schule in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften und im Schulterschluss mit den Eltern wieder verstärkt ins Bewusstsein rücken.

Das Ende der Unhöflichkeit sei mehr als überfällig, sagte der Minister zum Beginn des neuen Schuljahres. Besonders die Schulgemeinschaft und die Leistungsfähigkeit der Schule hätten unter den Spätfolgen eines Zeitgeistes zu leiden, der Autorität und Respekt unter Generalverdacht gestellt hat und Tugenden wie



Höflichkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Pflichtbewusstsein und Fleiß negativ besetzt hat. Es bedürfe deshalb dringend einer Rehabilitation der Werte. Dazu gehöre auch einer Wiederentdeckung der Form im Umgang mit anderen. Denn die Art, wie man miteinander umgehe, zeige auch, ob jemand Achtung vor seinem Mitmenschen hat. Klare Regeln und deren konsequente Einhaltung seien notwendig zum Aufbau von Sozialkompetenz, aber auch wichtige Voraussetzung für gelingenden Unterricht. Zeit, die der Lehrer darauf verschwenden müsse, um Unterricht überhaupt erst möglich zu machen, sei verlorene Lernzeit, die vor allem zu Lasten der schwächeren Schüler gehe.

Im späteren Berufsleben, so Schreier weiter, werde erwartet, dass die Jugendli-

chen nicht nur gute Fachkenntnisse hätten, sondern auch die Spielregeln eines zivilisierten Miteinanders beherrschten. Elternhaus und Schule würden ihren Erziehungsauftrag verfehlen, wenn sie die jungen Menschen hierauf nicht rechtzeitig vorbereiteten. Es bedürfe daher eines allseits akzeptierten Grundbestandes an unverzichtbaren Regeln, die auch eingeübt werden müssten.

Eine Arbeitsgruppe, der Lehrer, Eltern und externe Sachverständige angehören, wird bald berufen. Sie soll „Benimm-Bausteine“ inhaltlich erarbeiten, die die Lehrkräfte dann als Grundlage im Unterricht benutzen. Die Benimm-Bausteine werden kein Kinder-Knigge sein. Es geht nicht um formvollendete Manieren mit „Diener und Knicks“ für Kinder, sondern schlicht und einfach um eine Erziehung zum besseren Miteinander und damit zum besseren Lernen.

Schreier forderte die Eltern auf, den Lehrern dabei den Rücken zu stärken und im Interesse der Kinder mit ihnen an einem Strang zu ziehen.

Zeitplan für Wahlen aufgestellt

Der Vorstand der CDU Schleswig-Holstein hat auf seiner Klausurtagung die Weichen zur Vorbereitung der Landtagswahl 2005 gestellt.

Wie der Landesvorsitzende und designierte Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen mitteilt, sei ein konkreter Zeitplan, die Vorbereitung eines Ideenwettbewerbs für Werbeagenturen und die Besetzung der Programmkommission beschlossen worden. So werden im Frühjahr 2004 die Wahlkreiskandidaten nominiert. Die Landesliste werde kurz vor der Sommerpause aufgestellt. Im Herbst 2004 schließlich solle das Programm zur Landtagswahl auf einem Landesparteitag verabschiedet werden.

„Wir werden unsere Alternativen zur rot-grünen Politik des Stillstands klar und deutlich aufzeigen. Wir legen Konzepte zur Konsolidierung des Haushaltes, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und für eine bessere Bildungs- und Sicherheitspolitik vor“, so Peter Harry Carstensen.

„Die Abschaffung von Reglementierungen, eine Verwaltungsreform, eine

neue Betonung des Leistungsprinzips im Bildungsbereich, die Förderung privater Initiativen und eine restriktive Sicherheitspolitik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfordert nicht mehr Geld, sondern mehr Mut und Ideen“, ist sich Carstensen sicher.

Zum Vorsitzenden der Kommission zur Erstellung des Landtagswahlprogramms

bestimmte der Vorstand den ehemaligen Landesvorsitzenden Johann Wadephul, seine Stellvertreterin ist die stellvertretende Landesvorsitzende Ute Dethlefs. Weiterhin gehören der 18-köpfigen Kommission u.a. der Fraktionsvorsitzende Martin Kayenburg, und der Landesgruppenchef im Deutschen Bundestag Dietrich Austermann.

HAMBURG

Deutliche Stimmenzuwächse nach Schill-Entlassung

Die CDU um Bürgermeister Ole von Beust ist der große Gewinner des „Schill-Skandals“ in der Hansestadt Hamburg. Wäre jetzt in der Hansestadt Bürgerschaftswahl würde die CDU mit 38 Prozent die stärkste politische Kraft in Hamburg. Im Vergleich zur Wahl 2001, als sie 26,2 Prozent erreichte, gewänne sie fast 12 Prozentpunkte hinzu. Die Schill-Partei ist der große Verlierer der Hamburger Regierungskrise. Die Partei des ehemaligen Innensenators Ronald Schill käme lediglich auf sechs Prozent. Bei der Bürger-

schaftswahl 2001 hatte die Partei noch 19,4 Prozent erreicht. Die Liberalen könnten mit 5 Prozent ihr Ergebnis konstant halten. Vor gut zwei Jahren waren sie mit 5,1 Prozent knapp ins Parlament eingezogen. Die SPD würde im Vergleich zu 2001 1,5 Prozentpunkte verlieren und erreichten 35 Prozent. Die Grünen können von 8,6 Prozent auf jetzt 13 Prozent deutlich zulegen.

Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen „Bild“ und „Die Welt“

KATHERINA REICHE:

Keine Aufbruchstimmung für Wissenschaft und Forschung



Zu den sinkenden Zahlen der Hochschulabgänger in den naturwissenschaftlichen Fächern erklärte die forschungspolitische Sprecherin:

Die sinkende Zahl der Hochschulabsolventen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen im Vergleich zu 2002 und 2001 ist alarmierend: Physik -9,2%, Chemie -5,9%, Elektrotechnik -5,4%, Maschinenbau/ Verfahrenstechnik -3,2%.

Diese Zahlen weisen auf ein grundsätzliches Problem hin. Der Forschungsstandort Deutschland lebt von seiner Substanz. Die Bilanz der technologischen Dienstleistungen befindet sich im freien Fall. Wir kaufen in Deutschland mehr „Know-how“ ein, als wir exportie-

ren. Wir fallen als Bildungs- und Technologiestandort im internationalen Vergleich zurück. Leider hat Rot-Grün die eindeutigen Zahlen in Bezug auf die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zunehmend ignoriert. Rot-Grün fehlt eine Strategie, um unsere technologische Leistungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen. Die Forschungsministerin hat kein Konzept.

Um das Steuer herumzureißen und für eine neue Aufbruchstimmung in der deutschen Wissenschafts- und Forschungsszene zu sorgen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel:

■ In der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen die Signale wieder auf Wachstum gestellt werden, der Mittelstand muss gezielt entlastet und die Staatsquote abgesenkt werden. Wir brauchen einen umfassenden Bürokratieabbau.

■ In der Forschungspolitik müssen die Investitionen in Bildung und Forschung auf mindestens 3 Prozent des BIP aufgestockt werden. Wir brauchen eine Innovationspolitik aus einem Guss.

Der Forschungsstandort Deutschland krankt an einer Flut von Vorschriften, ungünstigen steuerlichen Rahmenbedingungen, schleppender Genehmigungs- und

Zulassungsverfahren und einem überregulierten Arbeitsmarkt. Die schwache Konjunktur, eine zum Teil unsichere Rechtslage und der Fachkräftemangel (VDI meldet Ausfall von 1,2 Mrd. Euro durch Fachkräftemangel von 20.000 Ingenieuren) behindern zusätzlich die Umsetzung von neuen Ideen.

Wenn wir in als Hochtechnologiestandort bestehen wollen, müssen unsere naturwissenschaftlichen Ausbildungsstätten in allen Stufen – einschließlich der Weiterbildung – gewaltig ausgebaut werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Anstöße zu geben und ein Gesamtkonzept zur Schaffung einer neuen Aufbruchstimmung in der deutschen Wissenschafts- und Forschungsszene vorzulegen.

DIRK FISCHER

GEORG BRUNNHUBER:

Mauteinführung in Deutschland läuft unprofessionell

Nach der Einigung zwischen Bundesminister Stolpe und der Verkehrskommissarin Loyola de Palacio zur Maut für schwere Lkw in Deutschland erklärten der verkehrspolitische Sprecher und sein Stellvertreter:



In dem von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung verabschiedeten Kompromiss zur Maut steht ausdrücklich, dass „aufgrund der Wettbewerbsbedingungen im europäischen Güterkraftverkehr ein Harmoni-

sierungsvolumen in Höhe von 600 Mio. € jährlich gewährleistet wird“. An diese Zusage ist die Bundesregierung gebunden. Eine Maut-einführung ohne dieses Harmonisierungsvolumen ist ein Dolchstoß für das überwiegend mittelständig geprägte Transportgewerbe.

Wenn die Harmonisierung nicht kommt, so ist das ein klarer Fall von „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ für das Vermittlungsergebnis vom 21. Mai 2003 und ein

schwerer Vertrauensbruch von Minister Stolpe. Aber auch am Einführungsdatum 2. November haben wir nach wie vor massive Zweifel. Das nach dem Vertrag mit Toll Collect für die Erteilung der Vorläufigen Betriebserlaubnis durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) erforderliche Gutachten des unabhängigen Gutachters liegt bisher der Bundesregierung nicht vor, sondern lediglich bei Toll Collect. Da dieses Gutachten offensichtlich nicht positiv ist, wird es dort nochmals mit dem Sachverständigen erörtert.

ANGELA MERKEL IM ELYSEE-PALAST

Nach Gesprächen im Weißen Haus, in London und in Warschau traf sich Angela Merkel jetzt mit den führenden französischen Politikern in Paris.

In dem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac im Elysee-Palast habe Einigkeit darüber geherrscht, dass das gemeinsame Ziel der Aufbau eines starken Europa sei, berichtete Angela Merkel. Dieses dürfe aber nicht gegen Amerika gerichtet sein, denn Europa und die USA bräuchten sich gegenseitig. Eine Supermacht ohne Partner und ein Europa gegen die USA seien keine Perspektive für die Zukunft. Die Bedeutung der deutsch-französischen

Partnerschaft für die Zukunft Europas stand auch bei weiteren Gesprächen Angela Merkels im Vordergrund. Mit dem französischen Premierminister Raffarin vereinbarte sie einen Austausch zu den großen Sozialreformen und zu den Themen Forschung und Innovation. Abgerundet wurde der Aufenthalt in Paris durch Gespräche mit dem Innenminister Nicolas Sarkozy und Jacques Barrot, dem Fraktionsvorsitzenden der Partnerpartei UMP. Begleitet wurde Angela Merkel vom außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Friedbert Pflüger, sowie dem europapolitischen Sprecher der Fraktion, Peter Hintze.

HANS RAIDEL:

Ungeschönten Bericht vorlegen



Zu der Empfehlung des Erkundungsteams im afghanischen Kundus erklärte der stellvertretende verteidigungspolitische Sprecher:

Überraschend ist das Ergebnis des Erkundungsteams

wahrlich nicht. Offensichtlich war das Team ohnehin nur entsandt worden, um zu bestätigen, was Schröder auf seinem hannoverschen Balkon schon weitsichtig erkannt hatte: Dass Kundus ein geeigneter Einsatzort für die Bundeswehr sein soll. Hinter diesem Ergebnis steht für uns eine ganze Reihe von Fragezeichen. Verteidigungsminister Struck darf im Interesse seiner Soldaten nicht zulassen, dass Einsätze der Bundeswehr auf der Grundlage von Berichten geplant werden, deren Inhalt schon vor dem Abflug des Erkundungsteams feststand. Bei Einsätzen von Soldaten geht es nicht um Zahlen, die man am Ende schon irgendwie schönreden kann, sondern um Menschen, die ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, umgehend einen ungeschönten Bericht über die Lage in Kundus vorzulegen – und das nicht nur dem Kabinett, sondern auch dem Verteidigungsausschuss. Schließlich ist es noch immer der Deutsche Bundestag und nicht das Kabinett, das über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland entscheidet. Struck muss auch erklären, in welchem Rechtsrahmen er den Einsatz deutscher Soldaten anstrebt: unter Mandat der

UNO, der NATO oder von Enduring Freedom. Es darf nicht sein, dass der Kundus-Bericht wie der Bericht über Herat über Wochen verschleppt wird, um dann ganz in den Schubladen des Verteidigungsministeriums zu verschwinden.

URSULA HEINEN:

Lebensmittelkontrolle fördern



Zum mit Pestiziden versuchten Obst und Gemüse aus EU-Ländern und Drittstaaten erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte:

Lebensmittelsicherheit ist oberstes Gebot im Verbraucherschutz. Eine Voraussetzung dafür ist die Lebensmittelkontrolle. Die neuesten schlechten Ergebnisse der Lebensmitteluntersuchungen von Paprika, Erdbeeren, Tomaten und Trauben zeigen: Wir brauchen ein dichteres und intensiveres Netz in der Lebens-

mittelkontrolle.

Hierzu muss auch die Bundesregierung ihren Teil leisten: Statt immer mehr Diskussionsforen und Gutachten zu finanzieren, sollte sie über den Bund-Länder-Ausgleich dringend benötigtes Personal für die Lebensmittelkontrolle mitfinanzieren. Mit der derzeitigen Personalstruktur und bei der derzeitigen Finanzlage der Länder sind angemessene Lebensmittelkontrollen nicht zu leisten. Lebensmittelkontrolle darf aber kein scheinbarer Schutz sein, sondern muss wahrhaftige Sicherheit geben.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung den Erlass einer bundesweit geltenden einheitlichen Verwaltungsvorschrift für die Lebensmittelkontrolle vorantreiben. Die auf dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz beruhenden Vorschriften der einzelnen Länder sichern gerade keinen gleichmäßig hohen Standard in Deutschland. Die Verbraucher müssen aber in allen Teilen Deutschlands gleichen Schutz genießen.

Außerdem fordere ich die Lebensmittelimporteure auf, neben der Überprüfung von Dokumenten auch Stichproben vor Ort durchzuführen. Effektiver Verbraucherschutz besteht nur

dann, wenn bestehende Vorschriften auch durchgesetzt werden. Dies muss finanziert werden. Das sind wir den Verbrauchern schuldig.

MARIA EICHHORN:

Erziehungszeiten berücksichtigen

Zum Abschlussbericht der Rürup-Kommission zur Reform der Sozialsysteme erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Der Vorschlag, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahren zu erhöhen, bringt uns nicht weiter. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt weit unter 65 Jahren. Nur 39 % der Menschen im Alter von 55 bis 65 Jahren und knapp 20 % der 60-65-Jährigen stehen in der



Erwerbsarbeit. Statt einer Erhöhung des Renteneintrittsalters muss die Arbeitsmarktpolitik durch geeignete Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass der Trend zur Frühverrentung gestoppt wird. Es ist nicht zu verantworten, auf die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Arbeitnehmer zu verzichten. Erforderlich sind auch geeignete Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer. Außerdem sind Refor-

men notwendig, damit junge Menschen direkt nach Ausbildung und Studium ins Erwerbsleben einsteigen können. Sichergestellt werden muss für die Zukunft auch, dass diejenigen, die 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben, ohne Abschläge in Rente gehen können.

Aus familien- und frauenpolitischer Sicht ist der Abschlussbericht der Rürup-Kommission enttäuschend, da keine Vorschläge zur Berücksichtigung von Erziehungszeiten vorgelegt wurden. Dies ist eine starke Benachteiligung für Frauen, die nach wie vor, insbesondere in den ersten Lebensjahren nach der Geburt der Kinder, die Erziehung übernehmen. Familien mit Kindern sind unverzichtbar für den Erhalt des Generationenvertrages.

FÖDERALISMUSREFORM:

Die Spitzen der Bundestagsfraktionen haben die Weichen für die umfassendste Reform des föderalen Systems gestellt.

Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen einigten sich auf die Einrichtung einer Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Geplant ist, dass die Kommission am 17. Oktober eingesetzt wird, ihre Arbeit möglichst im Herbst

2004 beendet und Beschlüsse über die Ergebnisse der Kommission dann Anfang 2005 gefasst werden. Ziel ist es, die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu festzulegen und die Kompetenzen zwischen Bundestag und Bundesrat besser abzugrenzen. Die Fraktionschefs waren sich einig, dass es im Gesamtinteresse Deutschlands nötig sei, die gegenseitigen Behinderungen von Bun-

des- und Landesgesetzgebung zu verringern. Bei der Gesetzgebung müsse es künftig klare Zuständigkeiten geben. Die Beteiligung an der Gesetzgebung müsse ebenso entflochten werden wie die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Dabei müssten die Kommunalinteressen und die Kompetenzen in Zusammenhang mit dem Europarecht berücksichtigt werden.

Plädoyer gegen die **Ethnisierung** der Politik

Für viele Menschen ist der Begriff „Globalisierung“ negativ besetzt. Manch einer stellt ihn gleich mit einem westlichen Streben nach Vorherrschaft in der Welt.

Insbesondere die wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht USA steht unter dem Generalverdacht des Verlangens nach Hegemonie. Konzentrierte sich die Kritik zunächst auf Ökonomie und Politik, so gerät zunehmend die Kultur ins Blickfeld der Globalisierungsgegner.

Sicherlich: Britney Spears, Coca Cola und McDonalds sind allgegenwärtige Botschafter der Pop-Kultur „made in USA“. Aber niemand wird gezwungen, Eminem-CDs oder Nike-Sportschuhe zu kaufen. Vielmehr geht von diesen Botschaften des „American way of life“ eine Faszination aus, die bis in die entlegensten Weltregionen hinein reicht.

Bedenklich stimmt, dass einige Fortschrittsskeptiker kulturelle Identität zur Grundlage von Politik machen und Kultur und Identität als endgültige Basis des Denkens und Handelns



Jürgen Scharf, Vorsitzender der Landtagsfraktion

einführen. Europäische Intellektuelle versuchen sich an der Konstruktion einer gemeinsamen kulturellen Identität. Globalisierungsgegner bekämpfen das „globale Kapital“ unter dem Vorwand, es zerstöre kulturelle Identitäten. Die äußerste Rechte hat die biologische Erklärung ihres Rassismus um eine kulturelle Komponente erweitert.

Gemeinsam ist diesen ansonsten sehr heterogenen Strömungen eine verschwommene Vorstellung von einer Reinheit der Kultur. Dabei fällt auf: manch linker Intellektueller, der afrikanische Musik, süd-amerikanische Tanzkultur und asiatisches Essen in deutschen Städten als „multikulturelle Errungenschaften“ preist, hebt den Zeigefinger, wenn in Djakarta Big Mäcs verkauft oder in

Kabul Poster des Terminators gezeigt werden. Kultureller Austausch verlangt zweierlei Dinge: Toleranz und ein Wertefundament, das sichere Basis bei der Begegnung mit anderen Menschen ist.

Jesus Christus kann uns als Vorbild gelten. Identität verwurzelt in der jüdischen Kultur und religiösen Tradition fand er die Freiheit, mit den verfernten Samaritanern ebenso Umgang zu pflegen, wie mit Zöllnern und römischen Besatzern. Heute ist das Christentum in vielen sehr unterschiedlichen Kulturen fest verwurzelt – eine gute „Globalisierungsgeschichte“ ohne Gleichen.

Die Politik indes hat nicht Sinngabe für Kultur zu sein, sondern die Aufgabe, Rahmenbedingungen für eine staatsferne Entwicklung von Kunst und Kultur zu schaffen. Wenn auf diese Weise möglichst vielen Menschen die aktive und passive Teilhabe an Kultur ermöglicht wird und sie zu eigener Kreativität angeregt werden, wird Globalisierung nicht als Risiko, sondern als Chance wahrgenommen.

Stundenplan

Bestell-Nummer: 9258
 Preis je 250 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €



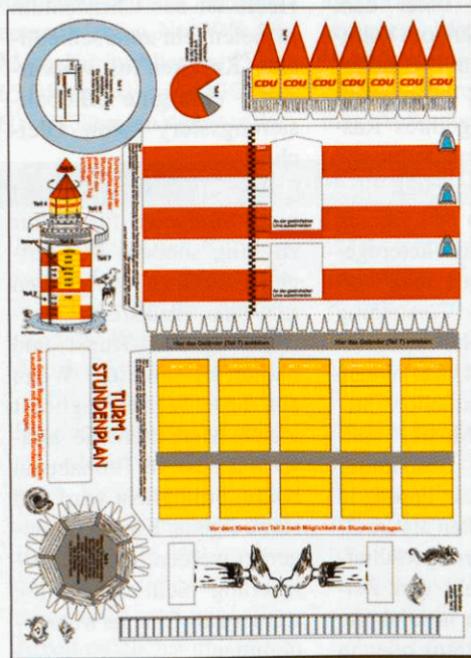
Reflektoren, bunter Mix aus verschiedenen Figuren und Symbolen

Bestell-Nummer: 9558
 Preis je 30 Stück: 18,90 €
 inkl. MwSt.: 21,92 €



CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft, Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: 9250
 Preis je 10 Schachteln: 17,40 €
 inkl. MwSt.: 20,18 €



Bastelbogen mit Stundenplan Leuchtturm

Bestell-Nummer: 9745
 Preis je 25 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €



Mini-Schultüte,

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonsbons

Bestell-Nummer: 9657

Preis je 10 Stück: 15,30 €

inkl. MwSt.: 17,75 €

Plakat „1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A1

Bestell-Nummer: 7035

Preis je 50 St.: 19,00 €

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 7036

Preis je 50 St.: 28,75 €

inkl. MwSt.: 33,35 €



Plakat „Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A1

Bestell-Nummer: 7679

Preis je 50 St.: 19,00 €

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 7680

Preis je 50 St.: 28,75 €

inkl. MwSt.: 33,35 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



EURO-Sammelalbum

12 EURO-Länder/96 Münzen.
Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: 9021
Preis: 8,50 €
inkl. MwSt.: 9,86 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de